

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/4882 –

Global Gateway der Europäischen Union zu einem Erfolg machen

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass die Europäische Kommission im Dezember 2021 einen Vorschlag zur „Global Gateway-Initiative“ (GGI) vorgelegt habe, um damit dem weltweiten Fehlbetrag bei den Infrastrukturmaßnahmen etwas entgegenzusetzen. Angesichts des erheblichen Finanzbedarfs im Infrastrukturbereich solle die Europäische Union (EU) Partnerländern ein Angebot machen, um den Ausbau der Klima-, Energie-, Verkehrs- und digitalen Infrastrukturen bestmöglich leisten sowie die Gesundheits- und Bildungssysteme stärken zu können. Es sei geplant, zwischen 2021 und 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. Euro bei der GGI zu mobilisieren, wobei man auch Finanzmittel und Fachwissen des Privatsektors einbinden wolle. Die G7-Gruppe habe während des Gipfels in Elmau im Rahmen der deutschen Präsidentschaft im Juni 2022 angekündigt, gemeinsam ebenfalls bis zu 300 Mrd. US-Dollar an öffentlichen und privaten Investitionen zu mobilisieren. Bei der sogenannten „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ (PGII) solle ein besonderer Schwerpunkt auf nachhaltiger, inklusiver, klimaresistenter und hochwertiger Infrastruktur in Schwellen- und Entwicklungsländern liegen. Die GGI sei, nach Auffassung der Antragsteller, ein wichtiges Angebot im globalen Systemwettbewerb, das Partnerländern die Vorteile einer engeren Kooperation mit liberalen Demokratien aufzeigen könne. Damit dieses Angebot ernstgenommen werde, müssten die Ankündigungen zeitnah in konkrete Projekte umgemünzt und aktiv und strategisch in die Partnerländer kommuniziert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4882 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Stellvertretender Vorsitzender

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Susanne Menge
Berichterstatterin

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Volkmar Klein, Susanne Menge, Till Mansmann und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/4882** in seiner 77. Sitzung am 16. Dezember 2022 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, bereits frühzeitig aktiv darauf hinzuwirken, dass GGI und die PGII eng verzahnt arbeiten. Hierfür müsse die Bundesregierung aktiv an der Erarbeitung der geplanten Plattform für nachhaltige Infrastrukturprojekte mitarbeiten und die Bereitschaft zur Kooperation in konkreten Projekten zeigen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass auf EU-Ebene eine finanzkräftige technologiebasierte Säule im Rahmen der GGI entstehen möge. Die technologische Basis für diversifizierte internationale Energiepartnerschaften gelte es zu identifizieren und durch konkrete Technologievorhaben zu unterstützen, etwa mittels Technologien für Solarparks in sonnenreichen Regionen und Umwandlung des Stroms in Ammoniak, Methanol oder eFuels. Dazu solle man internationale Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung entsprechend ausbauen.

Weiterhin wird der gezielte Dialog mit den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) über die Umsetzung von GGI gefordert. Dabei solle herausgestellt werden, dass man sich partnerschaftlich an gemeinsamen Werten und der nachhaltigen Entwicklung im Partnerland orientieren wolle.

Darüber hinaus solle die Bundesregierung zur Stärkung der regionalen Integration zwischen Entwicklungsländern und zur Nutzung von Synergieeffekten, z. B. bei der Energieerzeugung oder der Verkehrsinfrastruktur, auch systematisch grenzüberschreitende Vorhaben einplanen und diese durch einen politischen Dialog zwischen den beteiligten Ländern flankieren.

Ferner fordern die Antragsteller die Bundesregierung auf, gemeinsam mit der Europäischen Kommission konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie hohe Investitionsrisiken für privatwirtschaftliche Investoren abgemildert werden könnten und Projektausschreibungen im Rahmen von GGI derart ausgestaltet würden, dass sich auch mittelständische Unternehmen aussichtsreich beteiligen könnten und bürokratische Hürden im Projektbewerbungsverfahren für diese Unternehmen zu bewältigen wären.

Schließlich solle die Bundesregierung darauf hinwirken, dass GGI dazu genutzt werde, Infrastruktur zum Aufbau nachhaltiger und resilienter Lieferketten für Rohstoffe zu entwickeln. Den Durchführungsorganisationen der deutschen EZ solle es ermöglicht werden, sich aktiv in die GGI und die PGII einzubringen und somit dazu beizutragen, die an den wirtschafts-, entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen und Interessen der EU und der G7 ausgerichtete globale Konnektivitätsstrategie mit konkreten Projekten zu unterlegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4882 in seiner 30. Sitzung am 25. Januar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4882 in seiner 33. Sitzung am 25. Januar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4882 in seiner 29. Sitzung am 25. Januar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 26. Sitzung am 25. Januar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist auf die materielle Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Es sei bereits als ein Erfolg des Antrags zu bewerten, dass er von Seiten der Koalitionssprecherinnen und -sprecher als überflüssig bewertet werde, da man offensichtlich auf dem richtigen Weg sei. Das stimme aktuell sogar, aber zum Zeitpunkt der Formulierung des Antrags und bis zur Einbringung in den Deutschen Bundestag im vergangenen Jahr wäre überhaupt nichts passiert. Das Plenum hätte den Antrag überwiesen, und erst an diesem Tag wäre eine damals noch geheime Liste mit Projekten bekannt geworden, die die Bundesregierung nach Brüssel gemeldet hätte. Zuvor wäre Monate lang nichts geschehen. Die Fraktion der CDU/CSU sehe diesen Antrag als Initialzündung für das Handeln der Bundesregierung, und somit habe er bereits gewirkt. Man wolle das eigene Anliegen umsetzen, und das sei geschehen. Deshalb freue man sich über den inhaltlichen Erfolg.

Die **Fraktion der SPD** stellt heraus, dass die eigene Argumentation vorweg genommen worden sei. Es sei richtig, dass Deutschland in der globalisierten Welt geopolitisch nicht isoliert sein dürfe. Man brauche Absprachen, und da wären das diplomatische Feingefühl von Bundeskanzler (BK) Scholz und die Aktivitäten von Bundesministern (BMn) Schulze hilfreich. Sie seien auf vielen Ebenen unterwegs, um stabile Partnerschaften auf- und auszubauen. Man werde gerne gemeinsam bei der Europäischen Kommission weiter Druck ausüben, um die Initiativen voranzubringen. Die Fraktion der SPD kritisiere allerdings den vorliegenden Antrag, weil die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) nicht vorkommen würden, denn damit hätte der Antrag die nachhaltige und globale Perspektive deutlich machen können. Wenn die Fraktion der CDU/CSU in diesem Bereich hätte Aufmerksamkeit erreichen wollen, dann hätte man dieses Thema berücksichtigen müssen. Die Fraktion der SPD werde deshalb diesem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wendet ein, dass es in dem Antrag einen Punkt gebe, nämlich die Stärkung von privaten Interessen bis in den Bildungsbereich hinein, den man sehr kritisch sehe. Hinzu komme, dass die privaten Interessen häufig nur diejenigen stärken würden, die ohnehin schon Geld hätten. Man müsse also sehr kritisch beobachten, damit es zu einer gemeinwohlorientierten breiten Entwicklung komme. Privatisierung bedeute nicht selten eine Verknüpfung von geopolitischen Interessen der EU mit der Entwicklungspolitik. Man müsse also sehr genau schauen, welche entwicklungspolitischen Projekte finanziert würden, denn hier zähle nicht der Anspruch der EU im Bereich Infrastruktur. Es könne nicht sein, dass man bei Verkehrsprojekten an den Ausbau von Autobahnen, wie in Togo, denke, obwohl dort bereits eine Schienenstrecke vorhanden sei. Man müsse also die eigenen Ansätze hinterfragen und evaluieren, um die eigenen Fehler nicht zu wiederholen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** stellt klar, dass man in den wesentlichen inhaltlichen Fragen eine große Übereinstimmung erzielt habe, und alle würden bei diesem wichtigen Thema „an einem Strang ziehen“, weil man die Zeitenwende, über die bislang noch stark militärisch diskutiert werde, weiter entwickeln wolle. Es gehe um global strategische Zusammenhänge, also auch um eine globale Energiepolitik, und da komme man schnell zum Klimaschutz, bei dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Schlüsselstellung einnehme. Das sei eine große Aufgabe, weil man an vielen Stellen bisherige Positionen korrigieren müsse, und alle wüssten, dass der Klimawandel nur global mit einer völlig anderen Energiepolitik bekämpft werden könne. Man müsse die fossilen Energiequellen ersetzen, und dabei werde die Wasserstoffwirtschaft eine zentrale Rolle

spielen. Es gebe eine ausführliche Untersuchung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die aufzeige, dass das Potential für erneuerbare Energien (EE) in Westafrika 110-mal größer sei als der deutsche Importbedarf. Deutschland brauche die Hilfe solcher Länder, und man sei gleichzeitig in der Lage, die Länder bei der Entwicklung von entsprechenden Technologien zu unterstützen. Man müsse nun die Länder des Westens, die leistungsstark seien und über die finanziellen Mittel verfügten, mit den Ländern des Globalen Südens strategisch neu und eng zusammenschließen, und das müsse auf Augenhöhe geschehen. Dazu sei die GGI ein wesentlicher und wichtiger Punkt. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag wegen der inkludierten Kritik, man hätte die Entwicklung nicht rechtzeitig erkannt, ab.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass sich die Bundesrepublik Deutschland nun offiziell im Krieg befinde. Man müsse feststellen, dass es keine europäische Strategie gebe; es gebe lediglich ein NATO-Gebilde. Fakt sei, dass auf europäischer Ebene einheitliche militärische Führungsmittel fehlten, und deshalb funktioniere eine europäische Armee nicht. Jetzt wolle Europa eine große Strategie im Bereich Infrastruktur entwickeln, und auch das werde nicht funktionieren, weil es verschiedene Wirtschaftsinteressen gebe, wie zwischen Frankreich und Deutschland, die in Afrika vollkommen unterschiedliche Ansätze verfolgten. Deutschland wäre nicht in der Lage, eigene Infrastrukturprobleme im Inland zu lösen, aber wolle nun große Infrastrukturprojekte im Ausland bauen. Das sei vollkommen realitätsfremd und beginne bereits bei den Arbeitskräften, die man nicht bekommen werde. Gleichzeitig seien die Chinesen aktiv, und auch Amerika entdecke Afrika. Wenn Europa sich nicht anstrengt und den afrikanischen Kontinent als Muss-Kontinent begreife, dann werde es dort zu einer Aussetzung zwischen China und Amerika kommen. Das müsse man endlich begreifen, und dabei sei der Ansatz unerheblich. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei gut gemeint, aber realitätsfern, und deswegen lehne die Fraktion der AfD ihn ab.

Berlin, den 25. Januar 2023

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Susanne Menge
Berichterstatterin

Till Mansmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

